



Siegmund Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher der Arbeitsgruppe Kultur und Medien
der SPD-Bundestagsfraktion

Siegmund Ehrmann, MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Jakob-Kaiser-Haus

Raum 1351

Telefon 030 227 – 77 654

Fax 030 227 – 76 654

E-Mail: siegmund.ehrmann@bundestag.de

Wahlkreis

Hopfenstraße 4

47441 Moers

Telefon 02841 9980599

Fax 02841 9980588

E-Mail: siegmund.ehrmann@wk.bundestag.de

Berlin, 23.05.2012

Bericht aus Berlin 8/2012

I. Zur Lage

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Genossinnen und Genossen,

der **Wahlsieg der SPD in Nordrhein-Westfalen**, die krachende Niederlage der CDU mit ihrem seit 1947 schlechtesten Ergebnis im größten deutschen Bundesland haben die Konservativen in einen Schockzustand versetzt.

Zuerst kam das unkontrollierte Lospoltern von Horst Seehofer gegen Röttgen, gegen Merkel, gegen die schwarz-gelbe Koalition in einem Fernsehinterview. Dann folgte - unter unklaren Umständen - der Rauswurf von Röttgen aus der Regierung. Souveränität einer Kanzlerin sieht anders aus. Das war eine Panikreaktion, aus Angst davor, vom NRW-Strudel mit hinab gezogen zu werden. Merkel hat einen ihrer engsten Vasallen in der CDU gedemütigt und verstoßen. Die CDU-Vorsitzende hat damit auch ihren größten Landesverband vor den Kopf gestoßen. Röttgen ist indes nur der letzte einer langen Reihe von gescheiterten, gestürzten, zurückgetretenen oder abgewählten MerkelGetreuen. Es wird einsam um sie. In der öffentlichen Diskussion fragt man: „Wie lange noch?“ Merkels Zeit läuft ab. Der Zerfall ihrer kopf- und herzlosen Regierung schreitet voran.

Die SPD wird stärker. Mit zwei neuen rot-grünen Landesregierungen in Kiel und in Düsseldorf, mit dem Rückenwind vor allem aus Nordrhein-Westfalen wächst der Zuspruch zu unserer Politik. Das nächste Land, das wählt, ist Niedersachsen. Auch hier steht die CDU unter Schock. Im letzten, nach den NRW-Wahlen, durchgeführten Niedersachsensentrend liegt die SPD mit 36 % (plus 4) als stärkste Kraft vor der CDU. Die innere Auflösung von FDP und Linkspartei wird auch hier deutlich. Beide fliegen aus dem Landtag, wenn jetzt gewählt wird. Rot-Grün hat in Hannover



Siegmund Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher der Arbeitsgruppe Kultur und Medien
der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 2 von 11 Seiten des Schreibens vom 23.05.2012

wieder eine eindeutige und stabile Regierungsmehrheit. Für den Bund zeigt die letzte Erhebung: CDU/CSU nur noch bei 33 %, SPD jetzt bei 32 (plus 3). Rot-Grün ist in Reichweite.

Wir müssen die Zeit nach Merkel vorbereiten. Unsere Fraktion wird dabei gebraucht. Deutschland darf vor den großen Risiken - von der Energiewende bis zur sozialen Spaltung der Gesellschaft - nicht die Augen verschließen. Wir haben große Aufgaben zu stemmen, um unser Land auf die Zukunft einzustellen. Deshalb wollen wir im September zu einem „**Zukunftskongress**“ der Fraktion nach Berlin einladen. Dort werden wir Antworten auf die großen Aufgaben vorstellen, die wir im „Projekt Zukunft - Deutschland 2020“ gemeinsam und im Dialog mit der Gesellschaft erarbeitet haben. Wir formulieren damit das Angebot für eine neue rot-grüne Regierung im Bund.

Gerechtigkeit vor allem, darum geht es. Die Spannungen und Spaltungen haben zugenommen, in Europa, aber auch in unserem eigenen Land. Niemanden abschreiben oder ausgrenzen, das gilt mehr denn je. Wir wollen, dass jedes Kind in Deutschland eine erstklassige Kita und eine hochwertige Ganztagschule besuchen kann. Wir sehen unser Deutschland als eine plurale Republik, in der Einwanderer selbstbewusste Bürgerinnen und Bürger werden. Wir wollen den demografischen Wandel im Miteinander der Generationen gestalten. Deutschland soll dabei eine soziale Gesellschaft mit lebendigen Kommunen sein, in der Starke für Schwächere da sind. Wir wollen einen demokratischen Ausweg finden aus den Konflikten und Blockaden um große Verkehrsprojekte oder Energienetze. Wir formulieren einen Infrastrukturkonsens, der Betroffene zu Beteiligten macht und der sagt, wie ein Industrieland seine Lebensadern und Nervenstränge nachhaltig finanzieren kann. Wir wollen, dass Arbeit wieder ein Versprechen auf gute Löhne und auf ein Leben ohne Sozialhilfe ist. Den Arbeitsplatz wechseln, das wird normal und es muss seinen Schrecken verlieren. Deshalb wollen wir eine Arbeitsversicherung, die ein Recht auf Qualifizierung bietet und den Wechsel des Arbeitsplatzes erleichtert. Wir brauchen eine Antwort auf die Angst der Menschen vor Prekarisierung. Das gilt immer mehr für die neuen Selbständigen, für die vielen Projektmacher vor allem auch im Kulturbereich, die dem Internet die Inhalte liefern - Texte, Fotos, Filme. Will Deutschland Kulturnation bleiben, muss kreative Arbeit gutes Einkommen bringen. Deshalb legen wir einen Kreativpakt vor, der die Urheber schützt und den Nutzern im Netz ein faires Angebot macht. Einen Kulturkampf zwischen beiden Gruppen werden wir nicht zulassen. Die digitale Gesellschaft gemeinsam gestalten, darum geht es. Wir haben gestern unsere Thesen für ein zeitgemäßes Urheberrecht vorgestellt.

Europa bleibt auch in dieser Woche Topthema. Schwarz-Gelb hat den Fiskalpakt nicht wie von Merkel geplant zur 2./3. Lesung im Plenum aufgesetzt. Der Zeitplan der Bundesregierung ist vom Tisch. Das ist folgerichtig. Denn die Bundesregierung hat noch immer keine entscheidungsreifen Vorlagen erarbeitet. Zu viele Fragen und Probleme, ob verfassungsrechtlich oder ökonomisch, sind offen. Die SPD wird einem mangelhaften Paket nicht zustimmen. Am Mittwoch nun findet in Brüssel ein informeller EU-Gipfel zur Frage eines Wachstumspakts statt. Dort wird mit dem neuen französischen Präsidenten Hollande endlich über das gesprochen, was die Sozialdemokratie in Deutschland und die Sozialisten in Frankreich seit Monaten einfordern. Es wird aufgenommen, was auch beim Treffen der G8 im Zentrum stand. Europa braucht Investitionen und neue wirtschaftliche Dynamik, um aus der



Siegmund Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher der Arbeitsgruppe Kultur und Medien
der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 3 von 11 Seiten des Schreibens vom 23.05.2012

Abwärtsspirale aus Rezession und Verschuldung herauszukommen. Nur so kann die Konsolidierung der Staatshaushalte gelingen. Unverzichtbar dabei ist:

Die Finanztransaktionssteuer muss für Gerechtigkeit sorgen und neue Mittel aufbringen, die wir für Investitionen vor allem auch in die kleinen und mittleren Unternehmen der Realwirtschaft nutzen. Europas Regierungen müssen die Zeichen der Zeit erkennen. Eine überwältigende Mehrheit der Menschen will die Regulierung und die faire Besteuerung der Finanzmärkte. Das zeigen auch die Demonstrationen in Frankfurt. In Deutschland sind es weit mehr als 80 % der Bürgerinnen und Bürger, die das für zwingend geboten halten. Sie wissen, nur so kann es klappen mit dem Schuldenabbau. In der nächsten Woche, am 31. Mai, werde ich bei „fraktion kontrovers“ mit dem Occupy-Vordenker David Graeber in Berlin darüber diskutieren, ob die Demokratie am Gängelband des Kapitals hängt. Ihr seid herzlich eingeladen.

(WWW.SPDFRAKTION.DE/CNT/RS/RS_DOK/0,,61183,00.HTML)

Merkel ist in Europa gescheitert. Zwei Jahre nach Ausbruch der Eurokrise sehen wir: Die Arbeitslosigkeit in Europa steigt. Mehr als 17 Millionen Menschen sind allein im Euroraum ohne Arbeit. Die Jugendarbeitslosigkeit von bis zu 50 % in Griechenland oder Spanien ist verheerend. Wirtschaftlich verheerend, aber natürlich auch ein unabsehbares politisches Desaster für die Idee Europas. Der Euroraum rutscht in die Rezession. Griechenland erleidet ein weiteres Jahr eines beispiellosen Wirtschaftseinbruchs. Spanien und Italien - die dritt- und viertgrößte Volkswirtschaft des Euro - sind betroffen. Aber auch die Niederlande hat der Einbruch erreicht. Die Krise frisst sich von den Rändern ins Zentrum vor - und es ist nur eine Frage der Zeit, bis sie Frankreich und Deutschland erfasst. Arbeitslosigkeit und Rezession treiben auch die Schulden weiter in die Höhe. Es wird nahezu aussichtslos, dem Einbruch der Steuereinnahmen hinterherzusparen. Die Regierung der Niederlande ist daran zerbrochen. Spanien verfehlt seine Defizitziele und kann rasch der nächste Fall für den Rettungsschirm werden. Deutschland steckt mitten drin. Zwei Jahre falsche Krisenpolitik und die Kreditrisiken für unser Land sind nicht gesunken, sondern gestiegen, und zwar in dramatischer Weise. Auch für die bei der EZB aufgetürmten faulen Kredite und Anleihen haftet selbstverständlich in erheblichem Maße der deutsche Steuerzahler. Höchste Zeit also für einen politischen Neuanfang. Wir müssen beginnen mit einem Sofortprogramm gegen Jugendarbeitslosigkeit. Unsere Vorschläge dazu haben wir vergangene Woche mit dem Papier „Wege aus der Krise“ präsentiert. Wir sind bereit, 80 Mrd. Euro nicht gebundene EU-Strukturfondsmittel besser zu nutzen, um rasche Investitionsimpulse zu geben. Wir sind bereit, die Europäische Investitionsbank mit mindestens 10 Mrd. Euro mehr Eigenkapital auszustatten und damit ein Vielfaches an Kreditvolumen zu mobilisieren. Wir sind bereit, Projektanleihen aufzulegen, um privates Kapital für strategische Infrastrukturprojekte wie die europäischen Energienetze zu gewinnen. Aber wir fordern auch, bei Banken und Finanzmärkten die Samthandschuhe auszuziehen. Eine Initiative gleichgesinnter europäischer Staaten für eine Umsatzsteuer auf Finanzgeschäfte ist möglich und muss kommen.

Wir sind in enger Abstimmung mit der neuen französischen Regierung. Schon im Juni 2011 haben wir mit Jean-Marc Ayrault, damals Fraktionsvorsitzender und jetzt Ministerpräsident, eine gemeinsame deutsch-französische Initiative für die Finanztransaktionssteuer mit parallelen



Siegmund Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher der Arbeitsgruppe Kultur und Medien
der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 4 von 11 Seiten des Schreibens vom 23.05.2012

Entschließungsanträgen in der Assemblée Nationale und im Bundestag gestartet. Wir wissen, dass viele weitere Euro-Länder bereit sind mitzumachen. Sie warten auf die Initialzündung.

Durch die weiter eskalierende Krise im Euroraum wird auch die Frage nach dem ESM immer dringender. Die Bundesregierung ist gefordert, Vorsorge dafür zu treffen, dass der Rettungsmechanismus zum 1. Juli in Kraft treten kann.

Nicht zuletzt brauchen die Bundesländer eine Antwort auf ihre Sorgen, durch den Fiskalpakt zusätzliche Lasten schultern zu müssen. Am Donnerstag wird der Stabilitätsrat von Bund und Ländern darüber verhandeln. Für den Donnerstag ist jetzt außerdem ein erstes Treffen der Partei- und Fraktionsvorsitzenden mit Merkel vorgesehen.

Dort werden wir unsere Forderungen klar machen.

Mit freundlichen Grüßen



II. Zur Woche

Fachkräfte sichern

Der demografische Wandel ist eine große Herausforderung für den Arbeitsmarkt. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, einen Gesetzentwurf zur Fachkräftesicherung vorzulegen. Die berufliche Weiterbildung muss gestärkt werden. Dabei soll die Rolle der Hochschulen ausgeweitet werden. Die Arbeitslosenversicherung ist zu einer Arbeitsversicherung umzubauen. Allen Jugendlichen und jungen Erwachsenen sollen Schul- und Berufsabschlüsse ermöglicht werden. Eine Berufsausbildungsgarantie ist notwendig. Die Erwerbsbeteiligung von Älteren, Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund muss erhöht werden. Auch das Erwerbspotential von Langzeitarbeitslosen und Menschen mit Behinderung soll erschlossen werden. Eine bundesweite Fachkräfteoffensive ist vonnöten, um den Bedarf im Erziehungs-, Gesundheits- und Pflegebereich sowie in den MINT-Berufen zu decken.

Masterplan Energiewende vorlegen

Die Energiepolitik der Bundesregierung ist konzeptionslos und mangelhaft abgestimmt. Die Energiewende wird dadurch verzögert. Notwendige Investitionen werden gehemmt, die Versorgungssicherheit wird gefährdet. Dies verunsichert Energieversorger und Industrie sowie Verbraucherinnen und Verbraucher. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung dazu auf, gemeinsam mit den Ländern einen Masterplan Energiewende aufzustellen. Darin sollen Maßnahmen zur Energieeinsparung, Energieeffizienz und zum Ausbau erneuerbarer Energien enthalten sein. Auch der Ausbau von Übertragungs- und Speicherinfrastrukturen ist einzubeziehen. Zudem muss die Gewährleistung der Versorgungssicherheit durch ergänzende hocheffiziente konventionelle Kapazitäten thematisiert werden. Und schließlich ist ein Monitoring zur Energiewende vonnöten.



Siegmund Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher der Arbeitsgruppe Kultur und Medien
der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 6 von 11 Seiten des Schreibens vom 23.05.2012

Rechtsschutz bei Bundestagswahlen verbessern

Gegen Entscheidungen der Wahlbehörden kann bisher bei den Wahlorganen der nächsten Stufe Beschwerde eingelegt werden. Bei Entscheidungen des Bundeswahlausschusses über die Parteieigenschaft ist das nicht möglich.

Mit einem gemeinsamen **Gesetzentwurf** mit den Fraktionen der CDU/CSU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen wollen wir den Rechtsschutz im Bundestagswahlrecht verbessern. Vor der Wahl können Entscheidungen des Bundeswahlausschusses über die Parteieigenschaft vor dem Bundesverfassungsgericht angefochten werden. Nach der Wahl entscheiden Bundestag und Bundesverfassungsgericht über Rechtsverletzungen. Der Bundeswahlausschuss wird um zwei Richter des Bundesverwaltungsgerichts ergänzt. Die Landeswahlausschüsse erhalten zwei zusätzliche Richter des Oberverwaltungsgerichts. Jeder Wahlberechtigte kann allein Beschwerde führen.

Vereinigungen, die vom Bundeswahlausschuss nicht als Partei anerkannt werden, können bislang erst im Wahlprüfungsverfahren nach der Bundestagswahl Einspruch beim Bundestag einlegen. Unser gemeinsamer **Gesetzentwurf** mit den Fraktionen der CDU/CSU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen sieht vor, dass diese Vereinigungen bereits vor der Wahl vor dem Bundesverfassungsgericht Beschwerde einlegen können, um ihren Status als wahlvorschlagsberechtigte Partei zu klären.

Entscheidungslösung für die Organspende einführen

In Deutschland warten etwa 12.000 Menschen auf eine Organtransplantation. Obwohl ein Großteil der Bevölkerung zur Organspende bereit ist, dokumentieren nur wenige dies. Nach Initiativen von Frank-Walter Steinmeier konnten wir in einem Gruppen-Antrag mit Abgeordneten von SPD, CDU/CSU, FDP und Bündnis 90/ Die Grünen die Forderung nach einer gesetzlichen Einführung der Entscheidungslösung erreichen. Bürgerinnen und Bürger werden damit aufgefordert, eine unabhängige und informierte Entscheidung zur Organ- und Gewebespende abzugeben. Krankenkassen und private Krankenversicherungsunternehmen sollen ihren Versicherten über 16 Jahren Informationsmaterial und Organspendeausweise zur Verfügung stellen und sie zu einer Erklärung auffordern. Sobald dies technisch möglich ist, kann die Erklärung auch auf der elektronischen Gesundheitskarte



Siegmund Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher der Arbeitsgruppe Kultur und Medien
der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 7 von 11 Seiten des Schreibens vom 23.05.2012

gespeichert werden. Bund und Länder müssen bei der Ausgabe von Ausweisdokumenten Aufklärungsunterlagen und Organspendeausweise aushändigen. Ohne Erklärung entscheiden weiterhin die nächsten Angehörigen über eine Organspende nach dem Tod.

Öffentlich Private Partnerschaften weiter entwickeln

Bei Öffentlich Privaten Partnerschaften (ÖPP) werden Bau und Betrieb einer Infrastruktur an private Investoren vergeben. Dabei sind in der Vergangenheit unterschiedliche Erfahrungen gemacht worden. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung dazu auf, einen Bericht über den Stand der Entwicklung von ÖPP vorzulegen und ein Konzept zu erarbeiten. Eine öffentliche Debatte über die Anwendungsbereiche und Ausgestaltung von ÖPP muss angestoßen werden. In der Bundeshaushaltsordnung soll klar geregelt werden, in welchen Fällen der private Sektor bei der Beschaffung der öffentlichen Hand eingebunden werden soll. Verträge über ÖPP müssen standardisiert und formalisiert werden. Bei Nichterfüllung von Verträgen braucht die öffentliche Hand mehr Durchgriffsrechte. Zudem sind die Methoden der Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen zu überprüfen.

Rechte von Praktikantinnen und Praktikanten stärken

Viele junge Menschen steigen über ein Praktikum in den Beruf ein. Dabei werden sie oft ausgebeutet. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, einen Gesetzentwurf vorzulegen. Praktika sollen im Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) definiert werden. Ein schriftlicher Vertrag muss obligatorisch werden. Ein Praktikum muss mit mindestens 350 Euro brutto im Monat vergütet werden. Bei anschließendem Arbeitsverhältnis ist ein Praktikum auf den Kündigungsschutz anzurechnen. Gemeinsam mit den Ländern, Hochschulen, der Bundesagentur für Arbeit und den Sozialpartnern soll die Bundesregierung bessere Informations- und Regelungsmöglichkeiten für Praktika schaffen. Zudem ist eine kontinuierliche Datenerhebung über das Ausmaß von Praktika vonnöten.



Siegmund Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher der Arbeitsgruppe Kultur und Medien
der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 8 von 11 Seiten des Schreibens vom 23.05.2012

Hermesbürgschaft für Atomkraftwerk verhindern

Die Bundesregierung will eine Hermesbürgschaft für den Bau des Atomkraftwerks Angra 3 in Brasilien vergeben. Dabei ist eine deutsche Unternehmensbeteiligung durch Siemens nicht mehr gegeben. Zudem wird durch die Förderung von Atomtechnologie in anderen Ländern der Atomausstieg in Deutschland konterkariert. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, die Hermesbürgschaft für Angra 3 nicht zu gewähren. Hermesbürgschaften dürfen nicht mehr für Nukleartechnologien oder Technologien für den Bau von Kernkraftwerken vergeben werden. Die Hermes-Umweltleitlinien müssen wieder in Kraft gesetzt werden. Darüber hinaus sollen die Atomverträge mit Brasilien und Argentinien durch eine Kooperation bei erneuerbaren Energien und Energieeffizienz ersetzt werden.

Hafenkapazitäten für Offshore-Windenergie ausbauen

Offshore-Windenergie ist eines der wichtigsten Wachstumsfelder der erneuerbaren Energien. Ihr Ausbau wird von nicht ausreichenden Hafenkapazitäten behindert. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, den von ihr angekündigten „Fortschrittsbericht Offshore-Windenergie“ vorzulegen. Eine umfassende Bedarfsanalyse der Hafenkapazitäten ist vonnöten. Die Küstenländer sollen dabei unterstützt werden, den Ausbau der Hafenkapazitäten miteinander abzustimmen. Es bedarf einer einheitlichen Strategie zur Entwicklung der Offshore-Infrastruktur. Finanzielle Fördermöglichkeiten müssen geschaffen, die Verkehrsinfrastruktur im Hinterland muss ausgebaut werden. Schließlich ist ein regelmäßiges Monitoring der Offshore-Windenergieentwicklung einzuführen.

Polarforschung stärken

Die Polargebiete dienen als Frühwarnsystem für das Klima. Daher liefert Polarforschung wichtige Erkenntnisse für den nachhaltigen Schutz der Erde. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung dazu auf, sich auf nationaler und europäischer Ebene für ein Polarforschungsprogramm einzusetzen. Die Mittel für die Polarforschung müssen verstärkt und die notwendige Infrastruktur gesichert werden. Mit zwei Forschungsschiffen soll ganzjährig an beiden Polen geforscht werden können. Der wissenschaftliche Nachwuchs und Austausch ist zu fördern.



Siegmund Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher der Arbeitsgruppe Kultur und Medien
der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 9 von 11 Seiten des Schreibens vom 23.05.2012

Internationale Vereinbarungen sollen die Freiheit der wissenschaftlichen Forschung in der Arktis verbrieften.

Offenen Umgang mit Homosexualität im Sport fördern

Im Sport ist Homosexualität immer noch ein Tabuthema. Dabei haben lesbische und schwule Spitzensportlerinnen und Spitzensportler eine Vorbildfunktion. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, die Mittel für die Antidiskriminierungsstelle des Bundes jährlich um 2,7 Millionen Euro zu erhöhen. Damit soll Diskriminierung aufgrund von sexueller Identität bekämpft werden. Die Beratungsstellen der Sportverbände sollen in Abstimmung mit den Ländern gestärkt werden. Trainerinnen und Trainer sind für das Thema Homosexualität zu sensibilisieren. Und schließlich ist eine breite Kampagne für Vielfalt im Sport vonnöten.

Initiativen gegen Rechts in der Gastwirtschaft unterstützen

Über das Hausrecht können Gastwirte rechtsextremistische Veranstaltungen in ihren Räumlichkeiten verhindern. Jedoch sind sie oft nicht ausreichend über ihre Handlungsmöglichkeiten informiert. Deshalb fordern wir die Bundesregierung in unserem Antrag auf, gemeinsam mit den Ländern über Initiativen von Gastwirten gegen Rechtsextremismus zu informieren. Sie sollen im Rahmen der Bundesprogramme „Toleranz Fördern – Kompetenz stärken“ und „Zusammenhalt durch Teilhabe“ verstärkt gefördert werden. An einem runden Tisch sind weitere Handlungsschritte mit Ländern, Kommunen, Gewerkschaften, Branchenverbänden, zivilgesellschaftlichen Akteuren und Gastwirten zu erörtern.

Tourismus in ländlichen Räumen stärken

Der Tourismus ist ein wichtiger Motor für die Entwicklung ländlicher Gebiete. Die Bundesregierung will ihn durch eine Analyse von Best Practice-Beispielen stärken. Dabei sollte er Teil eines Gesamtkonzepts für die Entwicklung ländlicher Räume sein. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, ein Konzept für den Tourismus in ländlichen Räumen vorzulegen. Eine kontinuierliche Datenerhebung soll aufgebaut werden. Länderübergreifende Strukturen müssen zur Koordinierung



Siegmund Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher der Arbeitsgruppe Kultur und Medien
der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 10 von 11 Seiten des Schreibens vom 23.05.2012

von Akteuren, Projekten und Marketing geschaffen werden. Zudem sind einheitliche Qualitätssiegel vonnöten. Der Tourismus in ländlichen Räumen ist in den Förderprogrammen des Bundes und der Länder sowie dem Strategieplan der Bundesrepublik Deutschland für die Entwicklung der ländlichen Räume zu verankern.

Transatlantische Beziehungen stärken

Die Vereinigten Staaten von Amerika haben sich strategisch neu ausgerichtet. Sie orientieren sich nun stärker auf die Krisenregion Mittlerer Osten, Zentralasien und den pazifischen Raum. Dies verändert die transatlantische Zusammenarbeit. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, gemeinsam mit den europäischen Partnern die transatlantische Partnerschaft zu stärken. Im Bereich von Politik und Wirtschaft sind neue Impulse vonnöten. Bei der Sicherheit, Abrüstung und Rüstungskontrolle muss es neue Initiativen geben. Die geplante NATO-Raketenabwehr soll in Kooperation mit Russland realisiert werden. Der Umgang mit den Umbrüchen in der arabischen Welt muss abgestimmt werden. Zudem ist die politische Zusammenarbeit auf allen politischen und gesellschaftlichen Ebenen zu intensivieren. Auf europäischer Ebene soll die Einrichtung einer transatlantischen Freihandelszone geprüft werden.

Myanmar unterstützen

Die Regierung von Myanmar hat letztes Jahr einen Reformprozess eingeleitet. Dies lässt auf eine Überwindung der Militärdiktatur hoffen. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, gemeinsam mit den europäischen Partnern den Reformprozess in Myanmar zu unterstützen. Der Kapazitätsaufbau in Regierung, Verwaltung und Zivilgesellschaft ist zu fördern. Ethnische Minderheiten müssen gestärkt und regionale Konflikte gelöst werden. Demokratische Reformen sind vonnöten. Zudem soll die Verfassung weiter entwickelt und das Rechtswesen reformiert werden. Freie Gewerkschaftsarbeit ist zu ermöglichen. Schließlich muss die langfristige wirtschaftliche und soziale Entwicklung durch deutsche und europäische Entwicklungszusammenarbeit unterstützt werden.



Siegmund Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher der Arbeitsgruppe Kultur und Medien
der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 11 von 11 Seiten des Schreibens vom 23.05.2012

Internationale Schutzverantwortung weiter entwickeln

Staaten müssen ihre Bevölkerung vor Völkermord, Kriegsverbrechen, systematischer Gewalt gegen Minderheiten sowie Verbrechen gegen die Menschlichkeit schützen. Wenn ein Staat dies nicht leisten kann oder will, geht die Schutzverantwortung (Responsibility to Protect) auf die internationale Gemeinschaft über. Bei den Resolutionen des UN-Sicherheitsrats zu Libyen wurde die Schutzverantwortung zum ersten Mal angewandt. Die Bundesregierung ist dabei ihrer Unterstützungsfunktion nicht gerecht geworden. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, sich für die Implementierung und Operationalisierung der Schutzverantwortung einzusetzen. Ein nationales und regionales Frühwarnsystem für Menschenrechtsverletzungen ist vonnöten. Die Schutzverantwortung soll ein Schwerpunkt der deutschen Entwicklungszusammenarbeit werden.

Menschenrechte in Subsahara-Afrika fördern

In vielen Staaten in Subsahara-Afrika werden Menschenrechte verletzt. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, eine kohärente Menschenrechtspolitik zu entwickeln. In Subsahara-Afrika sollen von Deutschland, der EU und internationalen Organisationen vorrangig menschenrechtliche Ziele verfolgt werden. Die Bundesregierung soll sich für die Unterzeichnung und Einhaltung internationaler Abkommen und die Umsetzung von Länderstrategien einsetzen. Menschenrechtsverletzungen müssen wirksam von internationalen Organisationen verfolgt werden. Deutschland soll sowohl für die Unterstützung des Internationalen Strafgerichtshofs werben, als auch den Afrikanischen Gerichtshof für Menschenrechte unterstützen. Auch die menschenrechtliche Verantwortung deutscher Unternehmen muss gefördert werden.